

3. JUNI 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/105

Bonn, den 3. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2a Klare Worte am richtigen Ort 11

Willy Brandt in Paris
Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

3 - 4 Um das Vertrauen zur Justiz 91

Dr. Lauritzen über Dr. Esuer. - Eine notwendige Klarstellung
Von Horst-Jürgen Winkel
Juristischer Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion

5 Rechtlose Schweizer Frauen ? 55

Noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen
Von Otto Schmidt, Bern

6 In Rio vor dem Länderspiel 45

In Erwartung der deutschen Nationalmannschaft
Von Wolfgang Schwabe, MdB

+ + +

Klare Worte am richtigen Ort

Willy Brandt in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Paris ist in dieser Woche der Schauplatz so zahlreicher politischer Begegnungen und Ereignisse, daß es fraglich erschien, ob der Empfang des Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, bei Staatspräsident de Gaulle und die Rede Brandts vor der WEU (Westeuropäischen Union) ein stärkeres Echo haben würde. Aber trotz der wichtigen Konferenz der NATO-Verteidigungsminister, trotz der Tagung der WEU, trotz zahlreicher Empfänge ausländischer Staatsmänner sowie innenpolitischer Auseinandersetzungen im Vorfeld der Präsidentenwahl haben Brandts Empfang durch den französischen Staatspräsidenten und die WEU-Rede einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

* * *

Natürlich wird auch hier in politischen Kreisen - wie überall - bei ähnlichen Anlässen spekuliert. Man fragt, was de Gaulle wohl veranlaßt haben mag, Brandt zu empfangen. Ist es deswegen, weil der Berliner "Regierende" in absehbarer Zeit Chef der Bundesregierung sein kann? Ist der Grund für die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, die ihm entgegengebracht wird, Ausdruck der Sympathien für einen Mann, von dem man weiß, daß er zu jeder Zeit mutig gegen jede Art von Diktatur Stellung bezogen hat? Oder wollte de Gaulle demonstrieren, daß er sich nicht von der derzeitigen Bundesregierung in irgendeiner Form in deutsche Wahlausinandersetzungen ziehen lassen will und eben deshalb den Vorsitzenden der SPD empfängt? Hier sagt man, alles sei möglich. Die einfachste Erklärung dürfte jedoch die richtige sein: De Gaulle wollte sich ohne Zweifel "aus erster Hand" über die Vorstellungen der Deutschen Sozialdemokratie zur internationalen Situation und besonders zu den Fragen der Deutschland- und Europa-Politik informieren. Daß ein Willy Brandt dies ohne Umschweife tut, dafür hat de Gaulle bereits bei seiner Unterhaltung mit dem "Regierenden" vor zwei Jahren in St. Dizier den Beweis erhalten. Auch diesmal zeigte der französische Staatspräsident größtes Interesse, was schon aus der Tatsache hervorgehen dürfte, daß die ursprünglich für 30 bis 40 Minuten vorgesehene Unterredung 70 Minuten dauerte, eine Programm- und Protokolländerung, die von hohen Beamten des Elysée-Palastes als außergewöhnlich bezeichnet wurde.

* * *

Willy Brandts Rede vor der WEU legt erneut Zeugnis von der Klarheit seiner Ziele und seiner realistischen Einschätzung der das deutsche Volk bewegenden Probleme ab. Ausgehend von der Situation in der geteilten deutschen Hauptstadt hat der "Regierende" deutlich gemacht, daß das Berlin-Problem nicht getrennt von den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in Europa gelöst werden kann.

Auch hier in Paris bekannte sich Willy Brandt zur "Politik der kleinen Schritte". Er bezeichnete diese Politik als "einen Schritt der Entspannung", wobei er jedoch unmißverständlich betonte, daß hierdurch allein weder die Wiedervereinigung noch ein Friedensvertrag erreicht werde. Wörtlich: "Kleine Schritte geben nicht die Antwort auf große Fragen. Aber kleine Schritte sind mehr wert als große Worte."

* * *

Mit großer Aufmerksamkeit wurde in Paris registriert, daß Willy Brandt hier zu der Grundhaltung des deutschen Volkes und besonders der jungen Generation dasselbe sagte, wie kürzlich in seiner großen Rede vor der "New School" in New York. Hier wie dort hat er darauf verwiesen, daß mehr als die Hälfte des deutschen Volkes zu jung sei, um eine politische Verantwortung für das zu empfinden, was die Taten oder Unterlassungen ihrer Väter betrifft. Brandt machte sich zum Sprecher der jungen Generation, als er sagte, diese Jugend könne auf die Dauer den unnatürlichen Zustand der Spaltung Deutschlands und Europas nicht unbegrenzt hinnehmen. Er warnte davor, die jungen Menschen durch eine falsche Politik zu erbittern, denn 20 Jahre nach dem Kriege sei es nicht nur wegen nationaler Wünsche, sondern im Interesse Europas und "unser aller Sicherheit" notwendig, endlich einen Friedensvertrag vorzubereiten, "der die deutsche Frage möglichst gerecht für alle Beteiligten löst". Auch die Sowjetunion habe ihr Interesse an und ihre Verantwortung für eine vertragliche Friedensregelung bisher nicht verleugnet.

* * *

Natürlich erwartete man in Paris von Willy Brandt auch eine Stellungnahme zu jenen Fragen, die das deutsch-französische Verhältnis z.B. belasten. Offensichtlich auf die bekannten Äußerungen von de Gaulle abzielend, daß Europa kein "Satellit" irgendeiner Macht werden dürfe, betonte Willy Brandt in seiner Rede vor der WEU, daß auch die Deutschen versuchen müßten, sich in ihren Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten wie ein erwachsenes Volk zu verhalten. Aber, so fügte er hinzu, "es liegt im allgemeinen Interesse, nicht einmal nur im europäischen, daß

wir ein loyaler Partner sind und nicht die Rolle eines Satelliten irgendeiner Macht spielen."

Eine solche Einstellung schließt das Mit- und Füreinander der freien Völker ein, von denen jedes verschiedene Überzeugungen und Formen der Organisation haben kann, wobei es jedoch wesentlich ist, daß Europa als Ganzes sich nicht gegen andere organisiert, sondern bereit ist, mit anderen zusammenzuarbeiten.

* * *

Im Rahmen dieser Ideen war Brandts Feststellung eindeutig, daß es keinen logischen Grund für irgendeinen europäischen Staat zu der Annahme gebe, er könne sich dauerhafte Vorteile im Osten auf Kosten eines seiner Nachbarn verschaffen. Und zu den Problemen der gemeinsamen Verteidigung des Westens sagte Brandt, niemand brauche sich Sorgen wegen der zunehmenden Selbständigkeit Europas zu machen, wenn klar sei, daß es auf absehbare Zeit keine Sicherheit für Europa ohne das militärische Engagement der USA gebe.

* * *

Damit hat Willy Brandt die Unteilbarkeit der Verteidigung der freien Welt und der Sicherung des Friedens als die entscheidende Voraussetzung der deutschen sowie der europäischen Politik im Partnerschaftsverhältnis zu den USA dargestellt. Er hat dies nicht nur in seiner WU-Rede getan, sondern auch in den Gesprächen mit den für die Politik Frankreichs Verantwortlichen, dem Staatspräsidenten de Gaulle, dem Ministerpräsidenten Pompidou und dem Außenminister Couve de Murville.

Gewiß ist der eine oder andere Gedanke zum ersten Mal von einem deutschen Politiker öffentlich in Paris ausgesprochen worden. Kein Zweifel, die französische Öffentlichkeit weiß das zu schätzen; die deutsche sicher auch. Nicht selten wurde hier in Paris in diesen Tagen von Politikern und bekannten Journalisten die Frage gestellt, ob seit dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages zwischen Bonn und Paris nicht manches anders "gelaufen" wäre, hätte man nicht allzu oft anstatt der klaren Hinweise auf die gemeinsamen Interessen Europas und der USA jene mitunter nur von Überschwänglichkeiten genährte Diplomaten- oder Konferenzsprache gesprochen, von der man sagt, die verschleierte mehr, als es für alle Beteiligten gut sei.

Ohne dem abschließenden Bericht Willy Brandts von seinen Gesprächen mit dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister vorgreifen zu wollen, darf jetzt schon gesagt werden: Der Regierende Bürgermeister von Berlin und SPD-Vorsitzende hat in allen diesen Unterredungen die in seiner WU-Rede angesprochenen Themen erläutert und hierbei die Feststellung treffen können, daß man trotz zweifellos vorhandener Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Bonn in einigen wichtigen Fragen bereit ist, die Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsverhältnisses durch gemeinsame praktische Arbeit zu erhalten.

* * *

Wie in den USA hat Willy Brandt auch hier in Paris den Kündigungsanspruch des deutschen Volkes angemeldet und die gemeinsame Verantwortung der freien Welt für den Frieden dargestellt. Das ist gerade in dieser Situation eine große Leistung, die weit über begrenztes Parteidenken hinausragt.

+ + +

Um das Vertrauen zur Justiz

Dr. Lauritzen über Dr. Bauer - Eine notwendige Klarstellung

Von Horst-Jürgen Winkel, juristischer Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Luda, Rechtsanwalt aus Meinerzhagen in Westfalen, brachte die Sache in die Fragestunde des - unzuständigen - Bundestages und veröffentlichte vorher und nachher je einen Artikel im "Deutschland-Union-Dienst" der CDU. Im - zuständigen - Hessischen Landtag brachte die CDU-Fraktion eine Grosse Anfrage ein. Das Ansehen der Bundesrepublik und der Justiz seien beeinträchtigt worden, so hies es.

Fragten die Christlichen Demokraten danach, wie es geschehen konnte und ob es für das Ansehen der Bundesrepublik förderlich war, dass ehemalige Gestapoleute in das Bundesamt für Verfassungsschutz, Herr Drach in rheinland-pfälzische Staatsanwaltschaft, Herr Saevolke in die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes und Herr Gloeke als Staatssekretär in das Bundeskanzleramt kommen konnten? Wollten der Bundestagsabgeordnete und die Landtagsabgeordneten wissen, wie es um die von Bundestag und Bundesrat bei Verabschiedung der Deutschen Richtergesetzes im Jahre 1961 angenommene Resolution steht?

Nach dieser Resolution sollte, wenn es notwendig ist - und es ist notwendig - eine Grundgesetzänderung angestrebt werden, die es ermöglicht, dass Richter und Staatsanwälte, die an einem unverantwortlichen und unmenschlichen Todesurteil mitgewirkt haben, ihr Amt verlieren. Solche Richter und Staatsanwälte - wenn auch nur wenige - antieren noch, und das ist in der Tat eine Beleidigung der Justiz.

Doch bei den parlamentarischen Aktionen in Bonn und Wiesbaden ging es um etwas ganz anderes: Um das Interview, das der Hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer einem Vertreter der Kopenhagener Zeitung "Land og Folk" gegeben hat.

Der Kern der Äusserungen, die der Generalstaatsanwalt in diesem Interview gemacht habe, sei nicht nur von kommunistischen Zeitungen, sondern offensichtlich auch andernorts geflissentlich missverstanden worden. Dies erklärte der Hessische Justizminister Dr. Lauritzen als er am Donnerstag im Hessischen Landtag die Grosse Anfrage der CDU beantwortete.

Er stellte fest:

- * Die Tatsache, dass Dr. Bauer das Interview gab, ist als solche
- * nicht zu beanstanden, da er als Behördenleiter nach dem hessischen
- * Pressegesetz der Presse, und zwar auch ausländischen Zeitungen
- * gegenüber auskunftspflichtig ist, ohne Rücksicht auf die politi-
- * sche Ausrichtung der Zeitung. Die von der CDU beanstandeten Äus-
- * serungen über Richter bezogen sich, wie der Zusammenhang eindeu-
- * tig ergibt, ausschliesslich auf die durch die Mitwirkung bei ex-
- * zessiven Urteilen belasteten Juristen, sollten also kein Pauschal-
- * urteil über die Richterschaft sein.
- * Mit seiner Bemerkung über die Justiz in der "DDR" wollte Dr. Bau-
- * er keinen wertenden Vergleich zwischen unserer freiheitlich-de-

- * demokratischen Justiz und der Terrorjustiz im sowjetisch besetzten
- * Teil Deutschland anstellen, sondern nur auf das historische Fak-
- * tum hinweisen, dass man in der SBZ fast alle voll ausgebildeten
- * Juristen aus oft sehr fadenscheinigen Motiven, die mit der so-
- * genannten Bewältigung der Vergangenheit nichts zu tun hatten, aus
- * der Justiz entfernt und durch sogenannte Volkerichter oder Volks-
- * staatsanwälte ersetzt hat, während im Westen der Neuaufbau der
- * Justiz in der Form der Entnazifizierung, auf die der Artikel
- * 134 folgte, geschah.

Willy Brandt hat in seiner Rede auf dem Rechtspolitischen Kongress der SPD in "Heidelberg" ungerechtfertigte Vorwürfe und übertriebene Behauptungen" gegen die Justiz ausdrücklich und mit Nachdruck zurückgewiesen, wobei er darauf hinwies, dass 60 bis 70 % unserer amtierenden Richter und Staatsanwälte überhaupt erst nach 1945 ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Minister Dr. Lauritsch erklärte im Hessischen Landtag: "Ich habe es immer als meine Aufgabe Justizminister angesehen, die Justiz gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz zu nehmen. Das tue ich auch heute, denn ich habe Vertrauen zu unserer Justiz."

Damit dürfte eine Affäre, die keine war, beendet sein.

Sollte es der CDU noch nicht genügen, sei ihr empfohlen, ein wenig über die Sätze nachzudenken, die der mit "Spectator" zeichnende Kommentator, dessen Beiträge im allgemeinen darauf schließen lassen, daß er der CDU nicht ganz fern steht, am 28. April 1965 im "Darmstädter Echo" schrieb:

- * "Generalstaatsanwalt Bauer steht seit Jahren unerschrocken
- * in der vordersten Front der Anstrengungen, daß national-
- * sozialistisches Unrecht gesühnt werde. Sein Plädoyer als
- * Generalstaatsanwalt von Braunschweig im Remerprozeß ist
- * in die deutsche Rechtsgeschichte eingegangen. Er hat sich
- * als gedankenreicher Mann im Aufzeigen der Wurzeln
- * des Nationalsozialismus und als ein zwar umstrittener,
- * aber doch international beachteter Verfechter für die
- * weitgehende Ablösung des bisherigen Strafrechts durch päd-
- *agogische und therapeutische Maßnahmen erwiesen. Einen sol-
- *chen Mann kann man nicht allein deshalb in die Wüste
- * schicken, weil er in schöner Regelmäßigkeit politisches
- * Fingerspitzengefühl vermissen läßt. Weder Regierung noch
- * Opposition können das wollen. Die Rückwirkungen auf das
- * Ausland, gerade auch auf das befreundete Ausland, wären
- * fatal. Es macht ja gerade das Wesen einer Demokratie, die
- * die Bundesrepublik ist, aus, daß sie Unbequeme zu ertra-
- *gen und zu tolerieren hat."

Rechtlose Schweizer Frauen ?

Von Otto Schmidt, Bern

Wenn man mit ausländischen Touristen ins Gespräch kommt, die nun wieder recht zahlreich in die Schweiz zu strömen beginnen, und darauf auch ein politisches Thema anschlagen, so bekommt man vom Gesprächspartner bald einmal zu hören: "Ihr habt ja nicht einmal das Wahl- und Stimmrecht für Frauen!" Im Unterton klingt leicht die Meinung mit: Wie rückständig ihr eigentlich seid!

Es trifft durchaus zu, dass die Schweiz als praktisch einziges zivilisiertes Land das Wahl- und Stimmrecht für Frauen immer noch nicht kennt, obwohl in der Verfassung natürlich steht: "Jedermann ist vor dem Gesetze gleich." Sind also die Schweizer Frauen rechtlos?

Das Schweizer Volk, das heisst nur die Männer, hatte vor einigen Jahren Gelegenheit an der Urne seine Meinung über das Frauenstimmrecht zu dokumentieren und entschied sich mehrheitlich dagegen. Seither stützt sich der Bundesrat, die schweizerische Regierung, bei den wieder zahlreicher gewordenen Vorstössen auf diesen Volksentscheid.

War das Ergebnis dieser Abstimmung ein Zeichen von Rückständigkeit? Sicher hat ein gewisses Traditionsbewusstsein mitgespielt, das in der Schweiz, und besonders in ländlichen Gegenden immer sehr stark ist. Wesentlich ins Gewicht fallen aber zwei andere Gründe, wobei mir der erste nicht sehr stichhaltig scheint. Zum ersten also unterscheidet sich das schweizerische politische System von dem der meisten anderen Staaten. Es findet nicht nur alle vier Jahre eine Wahl des Nationalrates, des schweizerischen Parlamentes, statt, sondern zahlreiche lokale Wahlen und zusätzlich viele Abstimmungen über Sachfragen, so dass man in der Schweiz oft mehr als einmal im Monat zur Urne gehen muss. Nun wird von vielen Gegnern des Frauenstimmrechtes argumentiert, das könne man den Frauen nicht zumuten, die Politik solle man den Männern überlassen. Diese Abstimmungen haben aber vielfach mit Politik nicht viel zu tun, sondern sind meistens reine Sachentscheide und oft handelt es sich um routinemässige Geschäfte, die nicht umstritten sind.

Der Hauptwiderstand kommt aber aus ländlichen vorwiegend katholischen Kreisen. Man befürchtet durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechtes der Frauen einen politischen Ruck nach links, einen grossen Gewinn der Sozialdemokraten. Erfahrungsgemäss sind die Frauen in der Stadt an politischen Fragen mehr interessiert als die Frauen auf dem Lande. Da die Städte unter stärkerem sozialdemokratischem Einfluss stehen, befürchten konservativ-katholische Kreise in Wahlen einen grossen Linksrutsch. Das ist der unausgesprochene Hauptgrund gegen das Frauenstimm- und Wahlrecht. Die Gegenseite schiebt indessen die Tradition und ähnliche durchsichtige Argumente in den Vordergrund.

Die Bewegung für die politischen Rechte der Frauen hat aber in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. In den französischsprachigen Kantonen Genf, Waadt (mit Hauptstadt Lausanne) und Neuenburg ist das Wahl- und Stimmrecht der Frau in kantonalen Angelegenheiten verwirklicht. Das ist der Vorteil des Föderalismus! Das kantonale Parlament von Genf wird gegenwärtig erstmals von einer Frau, der Sozialdemokratin Emma Kammacher, präsidiert, und im Kanton Neuenburg unterlag die Sozialdemokratin Raymond Schweizer kürzlich nur ganz knapp in den Wahlen zum Ständerat, der zweiten schweizerischen Kammer. Dem Beispiel der welschen Kantone dürften bald weitere fortschrittliche folgen, so dass in einigen Jahren das schweizerische Stimm- und Wahlrecht verwirklicht werden kann. Dazu bedarf es aber wiederum einer Abstimmung der Männer!

* * *

In Rio vor dem Länderspiel

In Erwartung der deutschen Nationalmannschaft

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Rio de Janeiro erwartet in diesen Tagen die deutsche Nationalmannschaft zum Länderspiel Brasilien-Deutschland am Pfingstsonntag im größten Stadium der Welt, im Maracana, wo 200 000 Zuschauer Platz haben. Nach vielen Gesprächen will ich nicht behaupten, daß das bevorstehende Länderspiel die öffentliche Meinung der Dreieinhalb-Millicionen-Stadt beherrscht, zumal am Mittwoch vor Pfingsten ein Länderspiel gegen Belgien bei Flutlicht angesetzt ist. Die Belgier sind bereits am Sonntag zuvor mit der Lufthansa eingetroffen; die deutsche Mannschaft traf am Mittwoch ein.

Unsere Spieler werden hier in der Nachbarschaft am sechs Kilometer langen Sandstrand von Copacabana wohnen und Meister Schön wird gewiß darauf achten, daß unsere Jungens nicht gar zu lange mit den kräfteverzehrenden Brandungswellen kämpfen. Die nächste Versuchung am Strand werden nicht etwa die ungezählten Badenixen in allen Hautschattierungen von Weiß bis Schwarz sein, sondern der Fußball. Kein Strand, kein Platz in dieser Riesenstadt am Zuckerhut, wo nicht morgens, mittags und abends Fußball gespielt wird. Gummibälle, Lederbälle, große Tore, kleine Tore: Man paßt sich der Umgebung an, man spielt und spielt und spielt. Immer barfuß, immer im Sand, immer fröhlich. Hier kommt kein alter Fußballer vorbei, ohne daß es ihm in den Beinen juckt. Hier werden die Pelés geboren. Wer sich in Rio über diesen Mann unterhält, muß wissen, daß er Pelé heißt, also auf der zweiten Silbe betont wird. Wenn man's falsch macht, wird man ein bißchen mitloilig, aber ansonsten landesüblich freundschaftlich korrigiert.

Mir hat es ein Mann gesagt, der es ganz genau wissen muß. Juan Havclange ist der Präsident des brasilianischen Fußballbundes; bei einem Empfang in seinem repräsentativen Büro erzählt mir der hochgewachsene Unternehmer, der vom Typ her ein wenig dem Prinzen Philip ähnelt, daß man sich auf das Spiel, aber auch auf die Intensivierung des Sportbetriebes mit Deutschland freut. Er verrät mir, daß er seinen kaffeebraunen Weltstar vermutlich im Spiel gegen die Deutschen einsetzen wird. Pelé ist bereits in Rio und beteiligt sich an den Vor- und Hauptproben, die hierzulande vor einem Länderspiel üblich sind. 20 000 Zuschauer bei einem solchen Aufgalopp sind keine Seltenheit. Und erst nach diesen Probespielen wird von zuständigen Stellen und Personen endgültig die Mannschaftsaufstellung festgelegt; ganz genau weiß man es erst beim Einlaufen.

Die sportlichen Beziehungen beschränken sich indessen nicht nur auf den grünen Rasen. Zwei Tage vor dem Spiel findet ein Bankett für die Offiziellen aus Belgien, Deutschland und Brasilien statt. Die abschließende große Bühnenschau steht unter dem Jubiläumstitel "400 Jahre Rio de Janeiro". Dieses Jubiläum ist das beherrschende Ereignis des Jahres. Das offizielle Festplakat zeigt die Stadt am Zuckerhut. Ganz groß im Vordergrund, freundlich die Zähne bleckend und überlebensgroß steht José Nascimento dos Santos, genannt Pelé.